

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/30

Hannover, 10. März 1948

Wirtschaftsrat und Sozialdemokratie

Von Herbert Kriederann

Die für den Wirtschaftsrat zuständigen Vertreter der Militärregierungen haben in den vergangenen Wochen die Hauptausschüsse und die Ausschußvorsitzenden zu einer Aussprache über die Arbeit des Wirtschaftsrates eingeladen. Über diese Konferenz ist eine Reihe von falschen Darstellungen erschienen. Schon jetzt sind Versuche erkennbar, die ganze Angelegenheit auf ein falsches Gleis zu schieben. Demgegenüber scheint es notwendig, ein paar Dinge unmißverständlich darzustellen.

Die Militärregierungen haben den Vertretern des Wirtschaftsrates vorgeworfen, daß sie von der ihnen gebotenen Möglichkeit, wesentliche deutsche Angelegenheiten durch eigene Gesetze regeln zu können, keinen ausreichenden Gebrauch machten. Wichtige Gesetze für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung lägen zum Teil seit Monaten in den Ausschüssen. Besonders bemängelt wurde, daß es noch keine neue gesetzliche Grundlage für die Bewirtschaftung von Lebensmitteln gäbe. Diese Versäumnisse wurden auf mangelnden Willen zu solcher Arbeit zurückgeführt. Die Vertreter der Militärregierungen stellten fest, daß die Höhe der materiellen Unterstützungen, die die Bizone aus den Lebensmittelf Einfuhren und dem Marshall-Plan zu erwarten habe, völlig davon abhängt, wie weit die Deutschen auch ihrerseits den Willen haben, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um das Chaos zu meistern. Jetzt sei keine Zeit - so wurde von beiden Vertretern der Besatzungsmächte gesagt - ideologische Parteienstandpunkte zu verteidigen.

Diese Kritik wirkte auf die verschiedenen Zuhörer außerordentlich verschieden. Offenbar haben einige der Anwesenden diese Kritik als eine der Würde des Wirtschaftsrates abträgliche Einmischung der Militärregierung empfunden, auf die sie mit vornehmer Zurückhaltung reagieren mußten. Von sozialdemokratischer Seite wurde indessen offen ausgesprochen, daß man die Kritik der Besatzungsmächte in vollem Umfang teile. Es ist aber nicht so, daß die großen ideologischen Gegensätze zwischen den Parteien den Wirtschaftsrat zu keinem politischen Ergebnis kommen lassen. Weder die Bodenreform, noch die Sozialisierung sind bisher

Gegenstand von Verhandlungen gewesen, von denen man dann vielleicht hätte sagen können, daß es heute und morgen dringlichere Aufgaben gibt. Was den Wirtschaftsrat bisher im Kampf gegen den Hunger und den Mangel so wirkungslos hat bleiben lassen, ist einfach die Tatsache, daß die regierende Mehrheit über die Interessengegensätze in ihren eigenen Reihen nicht hinwegkommt und im Zweifelsfall die Verteidigung des Sachwertbesitzes allen anderen Möglichkeiten vorgeht. Es ist in vollem Umfange das eingetreten, was die Sozialdemokraten verhindern wollten, als sie das Amt für Wirtschaft für sich forderten, das heute ein reines CDU-Amt geworden ist, und ein gleiches gilt für die Entwicklung in der Ernährungswirtschaft. Jeder energische Versuch, der täglichen Not zu Leibe zu rücken, muß damit beginnen, daß alles, was heute in Deutschland erzeugt wird, ohne Rücksicht auf die Spekulationswünsche, an die Bevölkerung schnell und gleichmäßig verteilt wird. Gegenüber dieser Notwendigkeit steht aber der Egoismus der Besitzbürger aller Grade, die auch um den Preis des Hungers und des Mangels der Millionen ihre Sachwerte festhalten wollen, um ungeschoren durch die Währungsreform zu kommen.

Wer es sozusagen für das Naturrecht der Besitzenden hält, vor der Währungsreform Waren zurückzuhalten oder sie nur gegen andere Ware zu vertauschen, denkt natürlich gar nicht daran, irgendwelche Maßnahmen durchzusetzen, nur weil dadurch vielleicht Menschenleben erhalten werden können. Und wenn der Wirtschaftsrat gegenüber diesen Nöten wirkungslos bleibt und höchstens deklamiert, dann entspricht gerade das den politischen Zielen der Mehrheit und deshalb kann auch die Kritik nicht auf den Wirtschaftsrat, sondern lediglich auf die Vertreter seiner Besitzbürger bezogen werden.

Es ist zu befürchten, daß daran auch die Mahnungen der Militärgierungen nichts ändern werden, auch wenn sie auf einen Appell an die deutsche Selbstbesinnung hinauslaufen. So etwas hat die deutschen Besitzbürger noch niemals beunruhigt, vor allem nicht, wenn daran nichts zu verdienen ist. Dafür wird umso heftiger vom "Feind" geredet, wird umso eifriger mit sozialer Redensarten operiert und ein deutsches Christentum zur Schau getragen, hinter dem man in aller Ruhe seine Geschäfte besorgen kann. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten wird indirekt auch eine Sache der deutschen Wähler sein, die die in Frankfurt vorhandene Besitzbürgerschaft gewählt haben. Daß sie dabei auf allerhand Versprechen hereingefallen sind, die heute nicht gehalten werden, ist eine andere Sache. Der Bevölkerung in der Bizone über diese Zusammenhänge volle Klarheit zu schaffen, ist der Sinn der sozialdemokratischen Opposition im Wirtschaftsrat. Gegenüber der Besitzverteidigung und der Hortung wird sie kompromißlos zu einer sofortigen Verteilung aller Gegenstände des täglichen Bedarfs stehen. Das sind keine Fragen der großen Partei-Ideale, aber es sind die Lebensfragen der Deutschen von heute und morgen. In ihrer konsequenter Antwortung sehen die Sozialdemokraten die beste Art, das Versagen deutscher parlamentarischer Körperschaften zu verhindern und die deutsche politische Selbständigkeit wiederzugewinnen.

Gottwald hilft Deutschland

Von Alfred Frisch, Paris

Die Gleichschaltung der Tschechoslowakei hat in der französischen öffentlichen Meinung das Bewußtsein gestärkt, daß Westeuropa gegen den Kommunismus einen entschlossenen Freiheitskampf führen muß. Innenpolitisch bedeutet diese Erkenntnis eine Verschärfung des Antikommunismus. Eine Einschaltung der Kommunisten in das politisch-nationale Leben ist heute mehr denn je ausgeschlossen. Weniger betont sind vorläufig die Tendenzen zur Schaffung einer republikanisch-demokratischen Einheitsfront, die den augenblicklichen innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten besser gewachsen wäre als die jetzige Koalition. Dieser Gedanke hat zweifellos in den letzten Wochen an Boden gewonnen, seine praktische Verwirklichung scheitert jedoch an der demagogisch ablehnenden Haltung der äußersten Rechten und eines Teiles der Gaullisten. Man hat den Eindruck, daß de Gaulle, ungeachtet der europäischen Entwicklung und ihrer Gefahren, nach wie vor auf seine Stunde wartet und nicht bereit ist, mit der Vierten Republik irgendwie zusammenzuarbeiten. Das ist subjektiv verständlich, denn wenn es einer demokratisch-republikanischen Regierung gelingt, die kommunistische Gefahr zu überwinden, braucht das Land keinen Retter mehr aus der Not.

Die außenpolitischen Rückwirkungen der Ereignisse in Prag sind klarer und schwerwiegender als die bisher noch recht schüchternen, innenpolitischen Reaktionen. Von den zwangsläufig abseits stehenden Kommunisten abgesehen, ist sich die französische Öffentlichkeit klar geworden, daß Europa nur dann gerettet werden kann, wenn dem sowjetischen Ostblock ein geeinter Westblock entgegengesetzt werden kann. Die Lösung des Tages ist die westeuropäische Zusammenarbeit, politisch wie wirtschaftlich. Der politische Grundstein soll durch ein Bündnis zwischen Frankreich, Großbritannien und den Beneluxstaaten gelegt werden, während die kommende Sechzehnerkonferenz die wirtschaftliche Einheit vorzubereiten hat. Der theoretisch gegen Deutschland gerichtete britisch-französische Allianzvertrag von Dünkirchen wird völlig umgestaltet werden. Es ist bezeichnend, daß die Außenminister Bidault nahestehende Zeitung "L'Aube" zustimmend die belgisch-holländische Stellungnahme wiedergibt, daß Deutschland weder die einzige, noch die drohendste Gefahr sei und wörtlich hinzufügt: "Vielleicht haben die Beneluxstaaten den Wunsch, Deutschland nicht vor den Kopf zu stoßen, es nicht von Europa zu entfernen; das ist ein Bedenken, das man auch in der letzten Kammerrede Außenminister Bidault wiederfindet".

Man kann den Weg ermahnen, der in den letzten Wochen zurückgelegt wurde, wenn man feststellt, daß jetzt Deutschland von den offiziellen, französischen Kreisen zum ersten Mal nicht mehr als Objekt der Sicherheits- und Reparationspolitik angesehen wird, sondern als Subjekt, auf dessen Empfindlichkeit man in irgend einer Form und im Interesse der kommenden europäischen Gemeinschaft Rücksicht nehmen muß. Dann man weiß sehr wohl, daß Westeuropa weder politisch, noch wirtschaftlich ohne Deutschland denkbar ist.

Damit ist die deutsche Frage in ein neues Licht getreten. Sicherheit und Reparationen verlieren an Gewicht und Bedeutung im Augenblick, wo es um die Verteidigung westlicher Freiheiten gegen die kommunistische Drohung geht, im Augenblick, wo der Weltfrieden durch einen russisch-amerikanischen Zusammenprall gefährdet werden kann. Selbst wenn Frankreich aus Prestige Gründen nur zögernd von seinen bisherigen Forderungen Abstand nehmen wird, können diese Fragen praktisch im englisch-amerikanischen Sinne als gelöst betrachtet werden.

Zum Abschluß muß jedoch noch eine letzte, für Deutschland schwerwiegende Folge des Pariser Stimmungswechsels erwähnt werden: der Gedanke der deutschen Einheit erscheint Frankreich nicht nur durch die Ereignisse überholt, er wird auch immer entschiedener von den zuständigen Stellen abgelehnt werden. Deutschland heißt für Frankreich heute Westdeutschland. Man will in dem zu bildenden Westbund der Sowjetunion keine Tür offen lassen, man würde es als eine ernste Gefährdung der Sicherheit Frankreichs und Europas erachten, wenn durch den Zusammenschluß von West- und Ostdeutschland in irgend einer Form dem Kommunismus die Möglichkeit gegeben würde, bis an den Rhein vorzustoßen. Für Paris liegt die Grenze Europas an jenen berüchtigten eisernen Vorhang, der leider Deutschland in zwei Teile trennt. Diese Version mag für Frankreich aus der heutigen Situation eine gewisse Berechtigung haben, sie kann aber nicht vorbehaltlos von Deutschland akzeptiert werden.

Aufruf zum Internationalen Frauentag

sp. Von 19. März bis 4. April wird in den drei Westzonen und in Berlin der Internationale Frauentag stattfinden. Namhafte Sozialistinnen aus der Schweiz, aus Dänemark und England werden auf diesen Veranstaltungen sprechen. Die nachstehende Resolution wird auf allen Kundgebungen verlesen werden:

"Zum Internationalen Frauentag entbieten die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands ihre Grüße den sozialistischen Frauen Europas und der Welt..

In letzten Jahr haben wir an Euch appelliert zu helfen, daß unsere Kriegsgefangenen bald wieder nach Hause kommen. Dieser Ruf ist nicht ungehört verhallt.

Unter den noch nicht Heimgekehrten sind jedoch Tausende von Frauen und Mädchen, die in Rußland bei schwerer Zwangsarbeit zurückgehalten werden. Auf ihr Schicksal wollen wir heute ganz besonders hinweisen: Auch sie müssen, zusammen mit den Männern, die noch in russischer Kriegsgefangenschaft sind, befreit werden.

In festen Glauben an die Kraft der Internationalen Solidarität und der Menschlichkeit wenden wir uns heute an Euch, um in unserem verzweifelten Daseinskampf zu unterstützen. Wir kämpfen gegen die uns von innen und außen bedrohende politische und wirtschaftliche Unterdrückung, für die Freiheit der Persönlichkeit, für wahre Demokratie

und damit gegen eine neue Kriegsgefahr.

Den deutschen Frauen rufen wir zu: Erkennt eure Verantwortung und arbeitet mit uns für ein Deutschland der sozialen Gerechtigkeit, der menschlichen Freiheit und der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern! Helft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in ihrem Kampf für ein demokratisches und sozialistisches Deutschland!"

(B.1/103/hs)

Moskau und Jerusalem

Dr. W.H. Einer der wenigen Punkte, in denen Rußland mit den USA übereinstimmt, ist der Teilungsplan für Palästina, der nun im Sicherheitsrat verworfen worden ist, obwohl beide Großmächte dafür stimmten. Die Haltung Rußlands ist deshalb interessant, weil noch vor nicht allzu langer Zeit die Sowjetunion als "Vorkämpfer der Interessen des Islam" auftrat. Als Moskau sich Ende des vorigen Jahres plötzlich für die Zweiteilung Palästinas einsetzte, fehlte es nicht an Stimmen, die von einer Einlenkung Moskaus den allgemeinen Plänen des Westens gegenüber sprachen. Moskaus Politik ist jedoch viel realistischer ausgerichtet, als daß eine plötzliche Schwenkung um 180 Grad mit derartig billigen Kombinationen erklärt werden kann. Vielmehr dürften die Motive, die Stalin bewogen, sich für eine jüdische Lösung der Palästinafrage einzusetzen, von ganz anderer Art sein. Denn obwohl z.B. Polen gehorsam in den Fußstapfen seines Meisters im Osten wandert, vermag der "Eiserne Vorhang" doch nicht ganz die Nachrichten über zahlreiche Progrone in diesem Land vom Westen Europas fernzuhalten. Die nach Österreich hereinströmenden jüdischen Flüchtlinge sprechen eine allzu deutliche Sprache.

Wenn der Kreml heute für den Nahen Osten ein besonders starkes Interesse zeigt, so hat dies einen anderen Grund. Bei einer Zweiteilung Palästinas entstehen dort automatische - darüber lassen die arabischen Führer jenseits des Jordans keinen Zweifel aufkommen - chaotische Zustände. Ein unruhiges und unkämpftes Palästina aber könnte Rußland die hochwillkommene Handhabe zu einer Einnischung in dieser Region bieten. Nicht weit von Palästinas Grenzen liegen die persischen Ölfelder, der Suezkanal, Aegypten und das übrige Nordafrika einschließlich Tripolis, um das sich Rußland seit Kriegsende bemüht: eine seit über hundert Jahren alte Domäne Englands. Die Araber haben oft genug und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht Freunde des Kommunismus sind. Also sind sie seine Feinde.

Aus diesen Gründe überraschte eine Meldung der "Agence France - Presse" aus Lake Success keineswegs, die von der Delegation des Obersten Komitees der Araber Palästinas bei der UNO wissen will, daß Sowjetrußland eine große Zahl kommunistischer Agenten nach den mittleren Orient einzuschmuggeln versucht. Um dieses schwierige Werk auszuführen hätten die Russen - so berichtet dieses Nachrichtenbüro weiter - mit den Zionisten ein geheimes Abkommen abgeschlossen. Danach sollen bereits die ersten jüdisch-kommunistischen Zellen gegründet worden sein, die

im engsten Einvernehmen mit Moskau und der Kominform arbeiten sollen. Natürlich fehlen auch die Dementi aus amerikanischen Zionistenkreisen nicht, die von "böswilligen Erfindungen" sprechen.

Wie dem auch sei, fest steht, daß sich die russische Politik schon seit Anfang 1947 mit den Vorgängen in Palästina und dem Nahen Osten eingehender befaßt. Nicht ohne Grund trat Gromyko, der russische Vertreter bei der UNO, während der Verhandlungen des Palästina-Problems für eine Teilung dieses Landes ein. Denn er wußte genau, daß dieser Beschluß den Widerstand der Araber hervorrufen würde. Das bedeutete jedoch Unruhen - Chaos! Sowjetrußland aber hofft dort, wie sonst überall in der Welt, wo Unruhe herrscht oder hervorgerufen werden kann, im Trüben fischen zu können.

Reinigungsaktion in der Labour Party

(Eigenbericht) London, 10.3.1948

In London erwartet man Maßnahmen gegen die Parlamentsmitglieder der Labour Party, die mit den Kommunisten liebäugeln und neuerdings zu dem kommunistischen Staatsstreich in Prag eine Haltung eingenommen haben, die sich mit der bekannten Erklärung der Labour Party zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei nicht in Einklang bringen läßt. Zu diesen "fellow-travellers" zählt vor allem auch Conny Zilliacus, der gesagt hatte, "daß kein Mitglied der Labour Party das moralische Recht besitze, die tschechischen Arbeiter zu verurteilen". Ob Zilliacus und seine Freunde aus der Partei ausgeschlossen werden, oder ob nur disziplinarische Maßnahmen gegen sie getroffen werden, ist noch ungewiß. Vor allem Gewerkschaftsführer fordern strenges Vorgehen.

Der unabhängige Londoner "Observer" wendet sich gegen die Einladung der Nenni-Sozialisten als Vertreter Italiens zur Marshallplan-Konferenz der europäischen Sozialisten am 21. März in London. Es sei zwar richtig, daß die Saragat-Gruppe, die gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ist und sich deshalb von den Nenni-Sozialisten loslöste, relativ schwächer sei. Aber das sei kein Grund, sie weiter zu schwächen, indem man sie geflissentlich meide, während man diejenigen italienischen Sozialisten, die sich mit den Kommunisten vereinigt hätten, als Bruder begrüße. "Wenn diese Konferenz", so schreibt das Blatt, "die Aufgabe hat, die vereinigte sozialistische Unterstützung des Marshall-Planes zu organisieren, so ist es töricht, Sozialisten einzuladen, die eng mit den Kommunisten zusammenarbeiten und entchiedene Gegner des Marshall-Planes sind".

(B. 65/103/hs)
